

Bericht zur Mission Kaeser in die neu unabhängigen Staaten
Mittelasiens (Kirgisien, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan) und
Transkaukasiens (Armenien, Aserbeidschan, Georgien),
19.-25. Juli 1992

1. Ziel der Mission

Das primäre Ziel der Reise bestand darin, die besuchten Staaten einzuladen, sich der von der Schweiz angestrebten Stimmrechtsgruppe innerhalb der Bretton Woods-Institutionen (BWI) anzuschliessen. Gleichzeitig bot die Delegation den Staaten einen Platz in der schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei der EBRD an. Die Mission schloss sich zum einen an die Reise einer schweizerischen Delegation vom vergangenen April an, die ebenfalls unter der Führung von Herrn Vizedirektor Kaeser stand und nach Usbekistan, Kirgisien und Kasachstan führte, zum anderen an die Gespräche von Herrn Vizepräsident Ogi, die er anlässlich der KSZE-Gipfel-Konferenz in Helsinki mit den Staatsechfs der besuchten Länder, resp. mit dem stellvertretenden Staatsechf von Armenien, geführt hatte.

Die Delegation informierte ihre Gesprächspartner, dass von seiten der Polen eine schriftliche Bestätigung über ihr Mitmachen in einer schweizerischen Stimmrechtsgruppe vorliege und dass der türkische Ministerpräsident Demirel eine entsprechende mündliche Zusicherung abgegeben habe. Die Delegation übergab ihren Gesprächspartnern einen Brief des Vizepräsidenten Ogi an seine Gesprächspartner von Helsinki sowie einen Brief von Bundesrat Stich an die Finanzminister der besuchten Länder. Die Herren Ogi und Stich bedankten sich darin für die Bereitschaft der besuchten Länder, mit der schweizerischen Delegation die Möglichkeit einer gemeinsamen Stimmrechtsgruppe zu diskutieren. Herr Bundesrat Stich lud seine Kollegen überdies zu einem Besuch in der Schweiz ein.

Schweizerische Delegation: Herr D. Kaeser, EFV, Delegationschef
Herr S. Nellen, Schweiz. Botschaft Washington
Herr P. Fontana, BAWI, Entwicklungsdienst
Herr T. Kolly, Finanz- und Wirtschaftsdienst
Herr S. Leuba, Schweiz. Botschaft Moskau, Uebersetzer



2. Resultate der Mission

Die Delegation unterbreitete den besuchten Ländern, die ein Interesse zeigten, sich innerhalb der BWI einer schweizerischen Stimmrechtsgruppe anzuschliessen, ein "Memorandum of Understanding" (Siehe Beilage 1). Dieses MOU sieht eine Verpflichtung der besuchten Länder vor, sich den schweizerischen Stimmrechtsgruppen bei den BWI und der EBRD anzuschliessen und namentlich bei der Wahl der Exekutivdirektoren des IMF und der Weltbankgruppe für den schweizerischen Kandidaten zu stimmen. Im Gegenzug erklärt die Schweiz darin ihre Bereitschaft, mit den betreffenden Staaten Möglichkeiten für den Zugang ihrer Exportgüter auf den schweizerischen Markt sowie für gegenseitige Investitionen abzuklären. Die schweizerische Delegation machte in diesem Zusammenhang insbesondere auf den wünschbaren Abschluss von Investitionsschutzabkommen und Doppelbesteuerungsabkommen aufmerksam. Im weiteren enthält das MOU die Bereitschaft der Schweiz, die Länder bei ihren Kontakten mit den BWI und der EBRD zu unterstützen. Die Ausbildung von internationalen Finanzexperten könnte Teil einer solchen Hilfe sein. Mit Ausnahme von Usbekistan, welches offensichtlich genügend eigene Finanzmittel besitzt, bot die Schweiz allen kooperationswilligen Staaten eine Unterstützung bei deren Finanzierung ihres WB-Aktienkapitals an. Die schweizerische Delegation informierte ihre Gesprächspartner daneben über den 600 Mio-Kredit unseres Landes zugunsten der neu unabhängigen Staaten. Herr Kaeser gab zu bedenken, dass, vorbehaltlich der Bewilligung des Kredites durch unser Parlament, die Staaten der schweizerischen IBW-Stimmrechtsgruppe eine gewisse privilegierte Behandlung erfahren könnten. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die für Ende August geplante Reise von Vertretern der Politischen Abteilung I (Herr Botschafter Staehelin und Herr Woker) nach Mittelasien und Transkaukasien.

Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan unterzeichneten das ihnen vorgelegte MOU, teilweise mit geringfügigen Aenderungen (Siehe hinten Ziff. 3). Die Finanzminister Armeniens und Aserbeidschans gaben eine grundsätzlich positive Reaktion ab. Eine definitive Zustimmung hängt im armenischen Falle vom Einverständnis der Gesamtregierung ab, im Falle Aserbeidschans von der Billigung durch das Parlament. In Kasachstan war es für die schweizerische Delegation nicht möglich, die hauptsächlich Verantwortlichen für das BWI-Dossier zu treffen. Der Erste Vizepremierminister, der in erster Linie für den IMF und die Weltbank zuständig ist, weilte im Ausland, und der Finanzminister, mit dem die schweizerische Delegation anlässlich ihrer ersten Mission im April in Alma-Ata zusammengetroffen war, befand sich im Spital. Die Georgier liessen die Delegation wissen, dass sie sich bereits vorgängig für die holländische Gruppe entschieden hätten. Sie bedauerten, dass das schweizerische Angebot erst nachträglich eingetroffen sei, hätten sie sich doch gerne unserer Gruppe angeschlossen. Der Erste Stellvertretende Regierungschef Georgiens erklärte die Bereitschaft seines Landes, seine Stimme anlässlich der übernächsten Wahlen in zwei Jahren für den schweizerischen Exekutivdirektor abzugeben.

3. Die einzelnen Länder

3.1. Armenien

Armenien reagierte grundsätzlich positiv auf das Angebot der Schweiz. Gemäss Finanzminister muss sich aber das Parlament in der Sache aussprechen. Armenien wird uns, nach einem entsprechenden Entscheid des Parlamentes, das schweizerischerseits bereits unterzeichnete MOU (Siehe Beilage 2), gegenunterzeichnet übermitteln. Die Uebermittlung sollte gemäss armenischen Angaben noch vor Ende Juli erfolgen. Armenien erkundigte sich nach der Möglichkeit, dass die Schweiz den armenischen Anteil an der IMF-Quote, den das Land in Hartwährung einbezahlen muss, vorschiesen würde. Die schweizerische Delegation gab ihrer Meinung Ausdruck, dass dieses Begehren keine unüberwindbaren Probleme stellen sollte. Armenien, welches Zahlungsbilanzschwierigkeiten hat, könnte den entsprechenden Betrag unmittelbar nach der Einzahlung vom IMF wieder zurückverlangen und der Schweiz zurückgeben (1 Tag Ueberbrückungskredit). Herr Kaeser schlug den Armeniern vor, der Schweiz ihr Gesuch um Vorfinanzierung dieses Betrages in einem Begleitbrief zum gegenunterzeichneten MOU zu unterbreiten.

Die Armenier liessen die Delegation wissen, dass die zukünftigen Kontakte in Sachen BWI zwischen der Schweiz und Armenien über die armenische Botschaft in Washington abgewickelt werden könnten.

3.2. Aserbeidschan

Aserbeidschan hatte sich laut Aussage seines Finanzministers ursprünglich für die belgische Stimmrechtsgruppe entschieden, wo sich auch die Türkei befindet. Nachher habe man sich der iranischen Gruppe zugewandt, habe aber die Idee, sich den Iranern anzuschliessen, mittlerweile wieder aufgegeben. Der aserische Premierminister wie auch sein Finanzminister gaben dem Willen ihres Landes Ausdruck, sich der schweizerischen Gruppe anzuschliessen. Im MOU wünschten sie sich einen Hinweis auf eine mögliche Vorfinanzierung ihres IMF-Anteils, den sie in Hartwährung einbezahlen müssen, durch die Schweiz. Diesem Wunsch wurde entsprochen (vgl. Beilage 3, Ziff. 5). Die Aseris werden uns das MOU, in englischer und russischer Sprache, gegenunterzeichnet übermitteln, sobald es vom Parlament in Baku gebilligt worden ist. Dies sollte gemäss Aussage des aserischen Finanzministers noch vor dem 10. August geschehen.

Die aserischen Gesprächspartner erinnerten die Delegation an den kürzlichen Besuch von Herrn Botschafter Ritter in Baku. Aserbeidschan sei sehr an der von Herrn Ritter in Aussicht gestellten Zusammenarbeit mit der Schweiz im Banken- und Finanzbereich interessiert.

3.3. Georgien

Der Erste Stellvertretende Regierungschef Georgiens informierte die schweizerische Delegation, dass sich sein Land bereits definitiv der holländischen Stimmrechtsgruppe angeschlossen hätte. Gemäss seiner Aussage hätte sich Georgien der schweizerischen Stimmrechtsgruppe angeschlossen, wenn das Angebot früher eingetroffen wäre. Er fügte bei, dass sein Land anlässlich der übernächsten Exekutivdirektorenwahl in zwei Jahren in die schweizerische Stimmrechtsgruppe wechseln würde.

3.4. Kirgisien

Kirgisien hatte laut seinem Finanzminister verschiedene Angebote erhalten, sich anderen Stimmrechtsgruppen anzuschliessen. Gleichwohl sei der Entscheid zugunsten der Schweiz nie in Frage gestanden. Der kirgisische Finanzminister unterzeichnete denn auch das vorgelegte MOU in der ihm vorgelegten Fassung (vgl. Beilage 4). Er versprach, mit dem amerikanischen Botschafter in Bischkek Kontakt aufzunehmen, um ihn über den kirgisischen Entscheid zugunsten der schweizerischen Stimmrechtsgruppe zu informieren. Der vom kirgisischen Präsidenten gehegte Wunsch zu einem Treffen mit der schweizerischen Delegation ging leider wegen Termenschwierigkeiten nicht in Erfüllung. Akajev hätte sich gemäss Aussage eines seiner Berater speziell für die Frage interessiert, ob die Schweiz einen Beitrag zum Aufbau des kirgisischen Bankensystems leisten könnte.

3.5. Kasachstan

Der schweizerischen Delegation blieb es in Alma-Ata verwehrt, den in der Hauptsache zuständigen Mann für das BWI-Dossier, den Ersten Vizepremierminister Simbajev, zu treffen, weilte er doch während unserem Besuch in Washington. Da der Finanzminister, mit dem sich die schweizerische Delegation im April getroffen hatte, im Spital lag, empfing der Erste Stellvertretende Finanzminister die Delegation. Er gab bekannt, dass sein Land beim IMF vorderhand in der belgischen Gruppe arbeite. Der Entscheid, mit wem Kasachstan in der Weltbank zusammenspannen wolle, werde erst in nächster Zeit gefällt. Die schweizerische Delegation bestätigte gegenüber den kasachischen Gesprächspartnern unser Interesse, innerhalb den BWI mit Alma-Ata zusammenzuarbeiten. Sie wies darauf hin, dass Kasachstan wegen seiner Grösse und Bedeutung ein begehrter Partner sei, und dass es sich deshalb bei der Wahl einer Ländergruppe nicht drängen lassen sollte. Der Erste Stellvertretende Finanzminister wird den Finanzminister und Herrn Simbajev über unseren Besuch orientieren. Angesichts der Tatsache, dass sich Kasachstan mit Bezug auf den IMF vermutlich bereits definitiv für die belgische Gruppe entschieden hat, unterliess es die Delegation, den Kasachen ein MOU zu übergeben.

3.6. Usbekistan

Nachdem der usbekische Finanzminister die Schweiz mit Schreiben vom 10. Juli hatte wissen lassen, dass sich sein Land bereits für die belgische Guppe entschieden hätte, war die schweizerische Delegation vom pompösen Empfang und vom Zusammenarbeitswillen der Usbeken einigermassen überrascht. Der Entscheid zugunsten der Schweiz ist offensichtlich nach dem Treffen zwischen Herrn Vizepräsident Ogi und dem usbekischen Präsidenten Karimov am Rande des KSZE-Gipfeltreffens in Helsinki gefallen. Der usbekische Finanzminister unterzeichnete das vorgelegte MOU mit folgenden zwei Modifikationen, welche vom Stellvertretenden Premierminister mit Nachdruck verlangt worden waren (vgl. Beilage 5): Erstens werden ausdrücklich mögliche Ausbildungsprogramme im Banken-, Finanz-, Steuer-, und Versicherungsbereich erwähnt (Ziff. 4), zweitens erfolgt der Hinweis auf Probleme im Zusammenhang mit dem Aralsee (Ziff. 5).

3.7. Tadschikistan

Anfänglich bestand innerhalb der tadschikischen Delegation offensichtlich Unsicherheit in der Frage, ob anlässlich des vor kurzem stattgefundenen Besuches des tadschikischen Präsidenten in Teheran die BWI Gegenstand von Diskussionen waren und was gegebenenfalls das Resultat dieser Gespräche war. Der tadschikische Wirtschafts- und Finanzminister unterzeichnete schliesslich das MOU, nachdem die in Ziff. 4 erwähnte Unterstützung im Zusammenhang mit den Besuchen bei den BWI als finanzielle Unterstützung spezifiziert worden war (vgl. Beilage 6). Tadschikistan hat die IMF-Statuten bislang noch nicht unterzeichnet. Die schweizerische Delegation unterstrich ihre Hoffnung, dass die Unterzeichnung bis zur BWI-Generalversammlung am 22. September stattgefunden haben wird, sodass Tadschikistan dannzumal ihr Stimmrecht wahrnehmen kann.

Die tadschikischen Behörden machten die schweizerische Delegation speziell auf die akuten Bedürfnisse ihres Landes nach Medikamenten und Bébé-Nahrung aufmerksam.

Thomas Kolly

Gesprächspartner

1. Armenien

Djanojan Djanik Artachesovitch
Finanzminister

Levon V. Barkhoudarian
Stellvertretender Wirtschaftsminister

Mnatsakanian Ashot
Stellvertretender Chef der Währungsabteilung des Finanzministeriums

2. Aserbaidshan

Gusseynov A.Ragim
Premierminister

Karaev Badir
Finanzminister

Gusseynov Tofik
Erster Stellvertretender Finanzminister

Fati-Zade Ilgar
Stellvertretender Finanzminister

Namazaliev Yashar
Finanzministerium
Chef der Budget-Abteilung

Aliev Elkhan
Finanzministerium
Chef der Abteilung für Aussenwirtschaftsbeziehungen

Samir R. Sharitov
Aussenministerium
Abteilung für Aussenwirtschaft

3. Georgien

Otar Kvilitaya
Erster Stellvertretender Regierungschef

Kahi Popiashvili
Erster Stellvertretender Finanzminister

David Kodua
Finanzministerium

4. Kasachstan

Viktor Sobolev
Erster Stellvertretender Finanzminister

Boris Ivanovich Menzhulin
Stellvertretender Finanzminister

5. Kirgisien

Amangeldy M. Muraliev
Finanz- und Wirtschaftsminister

Ednan Oskonovich
Staatssekretär
Kabinettschef des Präsidenten

6. Usbekistan

Bahtijr S. Hamidov
Stellvertretender Premierminister

Erkin Dj. Bakibaev
Finanzminister

Toulkoun Yu. Aihojaev
Stellvertretender Aussenminister

Makhmudjon A. Askarov
Stellvertretender Chef der Zentralbank

7. Tadschikistan

Ismoil Davlatov
Finanz- und Wirtschaftsminister

Khamid M. Usmanov
Stellvertretender Finanz- und Wirtschaftsminister

Saidov Mirsaid
Berater des Präsidenten

Karimjan U. Akhmedov
Finanz- und Wirtschaftsministerium

Beilage A

Memorandum of Understanding
between the Government of the Republic of
and the Government of Switzerland

A delegation of the Swiss Government and representatives of the Republic of have concluded talks with a view to intensify the cooperation between the two countries.

Switzerland joined the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank (IBRD) on May 29, 1992 and is now actively seeking an adequate representation on the Executive Boards of these Institutions. Switzerland's aim is - in view of its comparatively high quota - to send an Executive Director to the Boards of both the IMF and the IBRD. Switzerland has always stated this goal explicitly and underlined its desire to establish and represent accordingly a new constituency in these Institutions. Switzerland considers the Republic of as a valuable partner in the setting up of such a constituency.

Switzerland is also a member of the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). In the latter institution, Switzerland is already leading a constituency (consisting of Switzerland, Turkey and Liechtenstein) and is represented at the Executive Board by a Director. Switzerland considers the Republic of also in this institution as a valuable partner in the existing constituency.

As the Vice President of Switzerland indicated to the President/Vice President/Chairman of the State Council of the Republic of ... on the occasion of the CSCE conference in Helsinki earlier this month, Switzerland is also in contact with Poland and Turkey in order to create a new constituency. Both Poland's and Turkey's reactions have been positive.

During this round of talks, the following issues were discussed with the understanding that a sufficiently strong constituency in the Bretton Woods Institutions can be established:

1. Switzerland, in its cooperation with the newly independent states, will take into account the special relationship created by the establishment of a constituency in the framework of the Bretton Woods Institutions and the EBRD. Talks could be initiated to identify the needs of the Republic of for consideration of possible future assistance.

2. Switzerland stands ready to assist the Republic of in exploring possibilities for access of its exports to the Swiss market and for mutually beneficial investment relations. Switzerland and the Republic of will examine the possibilities of future contractual arrangements in the area of economic cooperation.

3. The Republic of accepts to join the constituencies lead by Swiss Executive Directors in the IMF, the World Bank Group as well as the EBRD. The Republic of accepts to vote on the occasion of the elections of Executive Directors of these institutions for the Executive Directors designated by Switzerland.

4. Switzerland stands ready to provide support to the Republic of for the preparation of visits of its officials to the above mentioned institutions in Washington and London, to assist these officials in their negotiations with representatives of these institutions and to advise the Republic of ... on how to train its staff in handling affairs of these institutions or to take advantage of their training programs.

5. Switzerland is willing to assist the Republic of in providing financing of the initial cash payment in foreign exchange (USDollars) required for the purchase of its shares in the World Bank in order to allow the Republic of to rapidly sign the Articles of Agreement of this institution, which is a precondition for the Republic of ... to take full advantage of the financial and technical resources of both the international financial institutions and the international community.

....., July .., 1992

For the GOVERNMENT OF
SWITZERLAND

For the GOVERNMENT OF
THE REPUBLIC OF

Daniel Kaeser, Delegate for
International Monetary
Affairs

Authorized Representative

Beilage 2

Memorandum of Understanding
between the Government of the Republic of Armenia
and the Government of Switzerland

A delegation of the Swiss Government and representatives of the Republic of Armenia have concluded talks with a view to intensify the cooperation between the two countries.

Switzerland joined the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank (IBRD) on May 29, 1992 and is now actively seeking an adequate representation on the Executive Boards of these Institutions. Switzerland's aim is - in view of its comparatively high quota - to send an Executive Director to the Boards of both the IMF and the IBRD. Switzerland has always stated this goal explicitly and underlined its desire to establish and represent accordingly a new constituency in these Institutions. Switzerland considers the Republic of Armenia as a valuable partner in the setting up of such a constituency.

Switzerland is also a member of the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). In the latter institution, Switzerland is already leading a constituency (consisting of Switzerland, Turkey and Liechtenstein) and is represented at the Executive Board by a Director. Switzerland considers the Republic of Armenia also in this institution as a valuable partner in the existing constituency.

As the Vice President of Switzerland indicated to the Vice President of the Republic of Armenia on the occasion of the CSCE conference in Helsinki earlier this month, Switzerland is also in contact with Poland and Turkey in order to create a new constituency. Both Poland's and Turkey's reactions have been positive.

During this round of talks, the following issues were discussed with the understanding that a sufficiently strong constituency in the Bretton Woods Institutions can be established:

1. Switzerland, in its cooperation with the newly independent states, will take into account the special relationship created by the establishment of a constituency in the framework of the Bretton Woods Institutions and the EBRD. Talks could be initiated to identify the needs of the Republic of Armenia for consideration of possible future assistance.

2. Switzerland stands ready to assist the Republic of Armenia in exploring possibilities for access of its exports to the Swiss market and for mutually beneficial investment relations. Switzerland and the Republic of Armenia will examine the possibilities of future contractual arrangements in the area of economic cooperation.

3. The Republic of Armenia accepts to join the constituencies lead by Swiss Executive Directors in the IMF, the World Bank Group as well as the EBRD. The Republic of Armenia accepts to vote on the occasion of the elections of Executive Directors of these institutions for the Executive Directors designated by Switzerland.

4. Switzerland stands ready to provide support to the Republic of Armenia for the preparation of visits of its officials to the above mentioned institutions in Washington and London, to assist these officials in their negotiations with representatives of these institutions and to advise the Republic of Armenia on how to train its staff in handling affairs of these institutions or to take advantage of their training programs.

5. Switzerland is willing to assist the Republic of Armenia in providing financing of the initial cash payment in foreign exchange (USDollars) required for the purchase of its shares in the World Bank in order to allow the Republic of Armenia to rapidly sign the Articles of Agreement of this institution, which is a precondition for the Republic of Armenia to take full advantage of the financial and technical resources of both the international financial institutions and the international community.

Yerevan, July 20, 1992

For the GOVERNMENT OF
SWITZERLAND

For the GOVERNMENT OF
THE REPUBLIC OF ARMENIA

Daniel Kaeser, Delegate for
International Monetary
Affairs

Djanik A. Djanodjan, Minister
of Finance

Beilage 3

Memorandum of Understanding
between the Government of the Republic of Azerbaijan
and the Government of Switzerland

A delegation of the Swiss Government and representatives of the Government of the Republic of Azerbaijan have concluded talks with a view to intensify the cooperation between the two countries.

Switzerland joined the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank (IBRD) on May 29, 1992 and is now actively seeking an adequate representation on the Executive Boards of these Institutions. Switzerland's aim is - in view of its comparatively high quota - to send an Executive Director to the Boards of both the IMF and the IBRD. Switzerland has always stated this goal explicitly and underlined its desire to establish and represent accordingly a new constituency in these Institutions. Switzerland considers the Republic of Azerbaijan as a valuable partner in the setting up of such a constituency.

Switzerland is also a member of the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). In the latter institution, Switzerland is already leading a constituency (consisting of Switzerland, Turkey and Liechtenstein) and is represented at the Executive Board by a Director. Switzerland considers the Republic of Azerbaijan also in this institution as a valuable partner in the existing constituency.

As the Vice President of Switzerland indicated to the President of the Republic of Azerbaijan on the occasion of the CSCE conference in Helsinki earlier this month, Switzerland is also in contact with Poland and Turkey in order to create a new constituency. Both Poland's and Turkey's reactions have been positive.

During this round of talks, the following issues were discussed with the understanding that a sufficiently strong constituency in the International Monetary Fund and the World Bank can be established:

1. Switzerland, in its cooperation with the newly independent states, will take into account the special relationship created by the establishment of a constituency in the framework of the International Monetary Fund, the World Bank and the EBRD. Talks could be initiated to identify the needs of the Republic of Azerbaijan for consideration of possible future assistance.

2. Switzerland stands ready to assist the Republic of Azerbaijan in exploring possibilities for access of its exports to the Swiss market and for mutually beneficial investment relations. Switzerland and the Republic of Azerbaijan will examine the possibilities of future contractual arrangements in the area of economic cooperation.

3. The Republic of Azerbaijan accepts to join the constituencies lead by Swiss Executive Directors in the IMF, the World Bank Group as well as the EBRD. The Republic of Azerbaijan accepts to vote on the occasion of the elections of Executive Directors of these institutions for the Executive Directors designated by Switzerland.

4. Switzerland stands ready to provide support to the Republic of Azerbaijan for the preparation of visits of its officials to the above mentioned institutions in Washington and London, to assist these officials in their negotiations with representatives of these institutions and to advise the Republic of Azerbaijan on how to train its staff in handling affairs of these institutions or to take advantage of their training programs.

5. Switzerland is willing to assist the Republic of Azerbaijan in providing financing of the initial cash payment in foreign exchange (USDollars) required for the purchase of its shares in the World Bank in order to allow the Republic of Azerbaijan to rapidly sign the Articles of Agreement of this institution, which is a precondition for the Republic of Azerbaijan to take full advantage of the financial and technical resources of both the international financial institutions and the international community. Switzerland will also consider in a positive spirit a bridge credit for the financing of the convertible currency part of the quota of Azerbaijan in the International Monetary Fund.

Baku, July 24, 1992

For the GOVERNMENT OF
SWITZERLAND

For the GOVERNMENT OF
THE REPUBLIC OF AZERBAIJAN

Daniel Kaeser, Delegate for
International Monetary
Affairs

Badir J. Karaev,
Minister of Finance

Beilage 4

Memorandum of Understanding
between the Government of the Republic of Kyrgyzstan
and the Government of Switzerland

A delegation of the Swiss Government and representatives of the Republic of Kyrgyzstan have concluded talks with a view to intensify the cooperation between the two countries.

Switzerland joined the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank (IBRD) on May 29, 1992 and is now actively seeking an adequate representation on the Executive Boards of these Institutions. Switzerland's aim is - in view of its comparatively high quota - to send an Executive Director to the Boards of both the IMF and the IBRD. Switzerland has always stated this goal explicitly and underlined its desire to establish and represent accordingly a new constituency in these Institutions. Switzerland considers the Republic of Kyrgyzstan as a valuable partner in the setting up of such a constituency.

Switzerland is also a member of the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). In the latter institution, Switzerland is already leading a constituency (consisting of Switzerland, Turkey and Liechtenstein) and is represented at the Executive Board by a Director. Switzerland considers the Republic of Kyrgyzstan also in this institution as a valuable partner in the existing constituency.

As the Vice President of Switzerland indicated to the President of the Republic of Kyrgyzstan on the occasion of the CSCE conference in Helsinki earlier this month, Switzerland is also in contact with Poland and Turkey in order to create a new constituency. Both Poland's and Turkey's reactions have been positive.

During this round of talks, the following issues were discussed with the understanding that a sufficiently strong constituency in the Bretton Woods Institutions can be established:

1. Switzerland, in its cooperation with the newly independent states, will take into account the special relationship created by the establishment of a constituency in the framework of the Bretton Woods Institutions and the EBRD. Talks could be initiated to identify the needs of the Republic of Kyrgyzstan for consideration of possible future assistance.

2. Switzerland stands ready to assist the Republic of Kyrgyzstan in exploring possibilities for access of its exports to the Swiss market and for mutually beneficial investment relations. Switzerland and the Republic of Kyrgyzstan will examine the possibilities of future contractual arrangements in the area of economic cooperation.

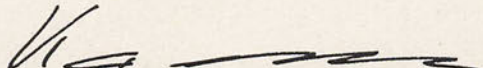
3. The Republic of Kyrgyzstan accepts to join the constituencies lead by Swiss Executive Directors in the IMF, the World Bank Group as well as the EBRD. The Republic of Kyrgyzstan accepts to vote on the occasion of the elections of Executive Directors of these institutions for the Executive Directors designated by Switzerland.

4. Switzerland stands ready to provide support to the Republic of Kyrgyzstan for the preparation of visits of its officials to the above mentioned institutions in Washington and London, to assist these officials in their negotiations with representatives of these institutions and to advise the Republic of Kyrgyzstan on how to train its staff in handling affairs of these institutions or to take advantage of their training programs.

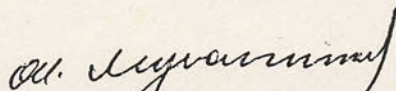
5. Switzerland is willing to assist the Republic of Kyrgyzstan in providing financing of the initial cash payment in foreign exchange (USDollars) required for the purchase of its shares in the World Bank in order to allow the Republic of Kyrgyzstan to rapidly sign the Articles of Agreement of this institution, which is a precondition for the Republic of Kyrgyzstan to take full advantage of the financial and technical resources of both the international financial institutions and the international community.

Bishkek, July 21, 1992

For the GOVERNMENT OF
SWITZERLAND


Daniel Kaeser, Delegate for
International Monetary
Affairs

For the GOVERNMENT OF
THE REPUBLIC OF KYRGHYZSTAN


Amangyldy M. Muraliev,
Minister of Finance

Beilage 5

Memorandum of Understanding
between the Government of the Republic of Uzbekistan
and the Government of Switzerland

A delegation of the Swiss Government and representatives of the Republic of Uzbekistan have concluded talks with a view to intensify the cooperation between the two countries.

Switzerland joined the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank (IBRD) on May 29, 1992 and is now actively seeking an adequate representation on the Executive Boards of these Institutions. Switzerland's aim is - in view of its comparatively high quota - to send an Executive Director to the Boards of both the IMF and the IBRD. Switzerland has always stated this goal explicitly and underlined its desire to establish and represent accordingly a new constituency in these Institutions. Switzerland considers the Republic of Uzbekistan as a valuable partner in the setting up of such a constituency.

Switzerland is also a member of the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). In the latter institution, Switzerland is already leading a constituency (consisting of Switzerland, Turkey and Liechtenstein) and is represented at the Executive Board by a Director. Switzerland considers the Republic of Uzbekistan also in this institution as a valuable partner in the existing constituency.

As the Vice President of Switzerland indicated to the President of the Republic of Uzbekistan on the occasion of the CSCE conference in Helsinki earlier this month, Switzerland is also in contact with Poland and Turkey in order to create a new constituency. Both Poland's and Turkey's reactions have been positive.

During this round of talks, the following issues were discussed with the understanding that a sufficiently strong constituency in the International Monetary Fund and the World Bank can be established:

1. Switzerland, in its cooperation with the newly independent states, will take into account the special relationship created by the establishment of a constituency in the framework of the International Monetary Fund, the World Bank and the EBRD. Talks could be initiated to identify the needs of the Republic of Uzbekistan for consideration of possible future assistance.
2. Switzerland stands ready to assist the Republic of

Uzbekistan in exploring possibilities for access of its exports to the Swiss market and for mutually beneficial investment relations. Switzerland and the Republic of Uzbekistan will examine the possibilities of future contractual arrangements in the area of economic cooperation.

3. The Republic of Uzbekistan accepts to join the constituencies lead by Swiss Executive Directors in the International Monetary Fund, the World Bank Group as well as the EBRD. The Republic of Uzbekistan accepts to vote on the occasion of the elections of Executive Directors of these institutions for the Executive Directors designated by Switzerland.


4. Switzerland stands ready to provide support to the Republic of Uzbekistan for the preparation of visits of its officials to the above mentioned institutions in Washington and London, to assist these officials in their negotiations with representatives of these institutions and to advise the Republic of Uzbekistan on how to train its staff in handling affairs of these institutions or to take advantage of their training programs, especially in training in the fields of banking, finance, taxation and insurance.

5. Uzbekistan is very concerned about the ecological disaster of the Aral Sea as well as the problem of the water resources, and has requested international assistance in this area. Switzerland agrees to consider how it can be helpful in assisting the Uzbek authorities to that purpose, and will support them in the international financial institutions, mainly to attract financing for projects and technical assistance.

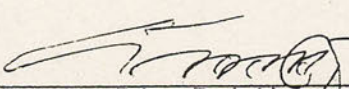
Done in two copies each, in English and Russian, both languages equally legally binding. The Memorandum of Understanding will enter into force at the date of signature.

Tashkent, July 22, 1992

For the GOVERNMENT OF
SWITZERLAND


Daniel Kaeser, Delegate for
International Monetary
Affairs

For the GOVERNMENT OF
THE REPUBLIC OF UZBEKISTAN


Erkin Dj. Bakibaev,
Minister of Finance





МЕМОРАНДУМ О ВЗАИМОПОНИМАНИИ
между Правительством Республики Узбекистан
и Правительством Швейцарии

Делегация Швейцарского Правительства и представители Правительства Республики Узбекистан провели переговоры с целью расширения сотрудничества между двумя странами.

Швейцария вступила в Международный валютный фонд (МВФ) и в члены Мирового банка (МБРР) 29 мая 1992 года и в настоящее время активно стремится иметь соответствующее представительство в Исполнительных Советах этих организаций. Целью Швейцарии в связи с ее сравнительно высокой квотой является направление исполнительных директоров в Советы как МВФ, так и МБРР. Швейцария всегда подчеркивала ясность своих целей и заявляла о своем желании создать и соответственно представлять новую группу голосования в этих организациях. Швейцария рассматривает Республику Узбекистан как ценного партнера для создания такой группы голосования.

Швейцария также является членом Европейского банка реконструкции и развития (ЕБРР). В вышеуказанной организации Швейцария уже возглавляет группу голосования (в которую входят Швейцария, Турция и Лихтенштейн) и представлена директором в Исполнительном Совете. Швейцария рассматривает Республику Узбекистан как ценного партнера в существующей группе голосования в этой организации.

Как отметил Вице-президент Швейцарии в беседе с Президентом Республики Узбекистан во время конференции СВСЕ в Хельсинки в начале этого месяца, Швейцария вступила в контакт с Польшей и Турцией с целью создания новой группы голосования. Реакция и Польши и Турции была положительной.

11

11

- 2 -

Исходя из понимания возможности создания в Международном валютном фонде и Мировом банке сильной группы голосования, стороны в ходе настоящего раунда переговоров обсудили следующие вопросы:

1. Швейцария, в своем сотрудничестве с новыми независимыми государствами, будет привлекать во внимание особые связи, установленные в связи с созданием группы голосования в рамках Международного валютного фонда, Мирового банка и ЕБРР. Можно начать переговоры с целью определения потребностей Республики Узбекистан для рассмотрения возможной помощи в будущем.

2. Швейцария готова оказать содействие Республике Узбекистан в изучении возможностей доступа его экспорта на швейцарский рынок и в установлении взаимовыгодных инвестиционных отношений. Швейцария и Республика Узбекистан изучат возможность будущих контрактов в области экономического сотрудничества.

3. Республика Узбекистан согласна вступить в группы голосования, возглавляемые швейцарскими исполнительными директорами в Международном валютном фонде, группе Мирового банка, а также ЕБРР. Республика Узбекистан согласна голосовать во время выборов исполнительных директоров этих организаций за исполнительных директоров, предложенных Швейцарией.

4. Швейцария готова оказать поддержку Республике Узбекистан в подготовке визитов ее официальных лиц в вышеупомянутые организации в Вашингтоне и Лондоне, и содействовать этим официальным лицам в проведении переговоров с представителями этих организаций, а также советовать Республике Узбекистан, как обучать персонал для работы в этих организациях или использовать их учебные программы, особенно в области подготовки специалистов по банковскому делу, финансам, налогообложению и страхованию.

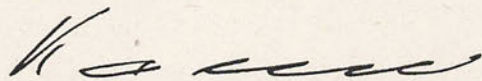
- 3 -

5. Узбекистан выражает серьезную обеспокоенность экологическим бедствием в районе Аральского моря, также как проблемой водных ресурсов, и обращается за международной помощью в этом вопросе. Швейцария согласна рассмотреть, какую помощь она может оказать узбекским властям для этой цели, и будет содействовать в международных финансовых организациях в привлечении инвестиций и технической помощи.

Совершено в двух экземплярах, каждый на русском и английском языках, причем оба имеют одинаковую юридическую силу. Меморандум о взаимопонимании вступает в силу со дня подписания.

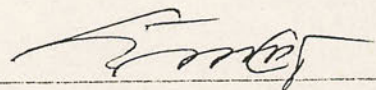
Ташкент, 22 июля 1992 года

За ПРАВИТЕЛЬСТВО
ШВЕЙЦАРИИ



ДАНИЭЛЬ КЕЗЛЕР,
Уполномоченный по
международным валютным
делам

За ПРАВИТЕЛЬСТВО
РЕСПУБЛИКИ УЗБЕКИСТАН



ЭРКИН ДЖ. БАХЖБАЕВ,
Министр финансов



Beilage 6

Memorandum of Understanding
between the Government of the Republic of Tajikistan
and the Government of Switzerland

A delegation of the Swiss Government and representatives of the Republic of Tajikistan have concluded talks with a view to intensify the cooperation between the two countries.

Switzerland joined the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank (IBRD) on May 29, 1992 and is now actively seeking an adequate representation on the Executive Boards of these Institutions. Switzerland's aim is - in view of its comparatively high quota - to send an Executive Director to the Boards of both the IMF and the IBRD. Switzerland has always stated this goal explicitly and underlined its desire to establish and represent accordingly a new constituency in these Institutions. Switzerland considers the Republic of Tajikistan as a valuable partner in the setting up of such a constituency.

Switzerland is also a member of the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). In the latter institution, Switzerland is already leading a constituency (consisting of Switzerland, Turkey and Liechtenstein) and is represented at the Executive Board by a Director. Switzerland considers the Republic of Tajikistan also in this institution as a valuable partner in the existing constituency.

As the Vice President of Switzerland indicated to the President of the Republic of Tajikistan on the occasion of the CSCE conference in Helsinki earlier this month, Switzerland is also in contact with Poland and Turkey in order to create a new constituency. Both Poland's and Turkey's reactions have been positive.

During this round of talks, the following issues were discussed with the understanding that a sufficiently strong constituency in the International Monetary Fund and the World Bank can be established:

1. Switzerland, in its cooperation with the newly independent states, will take into account the special relationship created by the establishment of a constituency in the framework of the International Monetary Fund, the World Bank and the EBRD. Talks could be initiated to identify the needs of the Republic of Tajikistan for consideration of possible future assistance.

Beif
④

2. Switzerland stands ready to assist the Republic of Tajikistan in exploring possibilities for access of its exports to the Swiss market and for mutually beneficial investment relations. Switzerland and the Republic of Tajikistan will examine the possibilities of future contractual arrangements in the area of economic cooperation.


3. The Republic of Tajikistan accepts to join the constituencies lead by Swiss Executive Directors in the IMF, the World Bank Group as well as the EBRD. The Republic of Tajikistan accepts to vote on the occasion of the elections of Executive Directors of these institutions for the Executive Directors designated by Switzerland.

4. Switzerland stands ready to provide financial support to the Republic of Tajikistan for the preparation of visits of its officials to the above mentioned institutions in Washington and London, to assist these officials in their negotiations with representatives of these institutions and to advise the Republic of Tajikistan on how to train its staff in handling affairs of these institutions or to take advantage of their training programs.

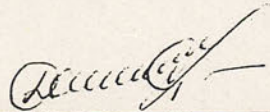
5. Switzerland is willing to assist the Republic of Tajikistan in providing financing of the initial cash payment in foreign exchange (USDollars) required for the purchase of its shares in the World Bank in order to allow the Republic of Tajikistan to rapidly sign the Articles of Agreement of this institution, which is a precondition for the Republic of Tajikistan to take full advantage of the financial and technical resources of both the international financial institutions and the international community.

Dushanbe, July 23, 1992

For the GOVERNMENT OF
SWITZERLAND


Daniel Kaeser, Delegate for
International Monetary
Affairs

For the GOVERNMENT OF
THE REPUBLIC OF TAJIKISTAN


Ismoil Davlatov, Economics
and Finance Minister



МЕМОРАНДУМ О ВЗАИМОПОНИМАНИИ
между Правительством Республики Таджикистан
и Правительством Швейцарии

Делегация Швейцарского Правительства и представители Правительства Республики Таджикистан провели переговоры с целью расширения сотрудничества между двумя странами.

Швейцария вступила в Международный валютный фонд (МВФ) и в члены Мирового банка (МБРР) 29 мая 1992 года и в настоящее время активно стремится иметь соответствующее представительство в Исполнительных Советах этих организаций. Целью Швейцарии в связи с ее сравнительно высокой квотой является направление исполнительных директоров в Советы как МВФ, так и МБРР. Швейцария всегда подчеркивала ясность своих целей и заявляла о своем желании создать и соответственно представлять новую группу голосования в этих организациях. Швейцария рассматривает Республику Таджикистан как важного партнера для создания такой группы голосования.

Швейцария также является членом Европейского банка реконструкции и развития (ЕБРР). В вышеуказанной организации Швейцария уже возглавляет группу голосования (в которую входят Швейцария, Турция и Лихтенштейн) и представлена директором в Исполнительном Совете. Швейцария рассматривает Республику Таджикистан как важного партнера в существующей группе голосования в этой организации.

Как отметил Вице-президент Швейцарии в беседе с Президентом Республики Таджикистан во время конференции СБСЕ в Хельсинки в начале этого месяца, Швейцария вступила в контакт с Польшей и Турцией с целью создания новой группы голосования. Реакция и Польши и Турции была положительной.

Исходя из понимания возможности создания в Международном валютном фонде и Мировом банке сильной группы голосования, стороны в ходе настоящего раунда переговоров обсудили следующие вопросы:

I. Швейцария, в своем сотрудничестве с новыми независимыми государствами, будет принимать во внимание особые связи, установленные в связи с созданием группы голосования в рамках Международного валютного фонда, Мирового банка и ЕБРР. Можно начать

TD

dm

- 2.

переговоры с целью определения потребностей Республики Таджикистан для рассмотрения возможной помощи в будущем.

2. Швейцария готова оказать содействие Республике Таджикистан в изучении возможностей доступа его экспорта на швейцарский рынок и в установлении взаимовыгодных инвестиционных отношений. Швейцария и Республика Таджикистан изучат возможность будущих контрактов в области экономического сотрудничества.

3. Республика Таджикистан согласна вступить в группы голосования, возглавляемые швейцарскими исполнительными директорами в Международном валютном фонде, группе Мирового банка, а также ЕБРР. Республика Таджикистан согласна голосовать во время выборов исполнительных директоров этих организаций за исполнительных директоров, предложенных Швейцарией.

4. Швейцария готова оказать финансовую поддержку Республике Таджикистан в подготовке визитов ее официальных лиц в вышеупомянутые организации в Вашингтоне и Лондоне, и содействовать этим официальным лицам в проведении переговоров с представителями этих организаций, а также советовать Республике Таджикистан как обучать персонал для работы в этих организациях или использовать их учебные программы.

5. Швейцария готова оказать помощь Республике Таджикистан для внесения вступительного взноса (в американских долларах) для оплаты стоимости акций Международного Банка, для того, что- Республика Таджикистан могла подписать Устав этой организации, что является обязательным, чтобы Республика Таджикистан могла пользоваться финансовыми и техническими ресурсами международных финансовых организаций и международного сообщества.

Душанбе, июль 23, 1992г.

От Правительства
Швейцарии

 ДАНИЭЛЬ КЕЗЕР

уполномоченный по междуна-
родным валютным делам

От Правительства Республик
Таджикистан

 ДАВЛАТОВ И.

Министр экономики и
финансов

